



An den
Vorsitzenden des Stadtentwicklungsausschusses
Herrn Strothmann

Bielefeld, 02.11.2021

Antrag zu TOP 4.2 der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses vom 02.11.2021: Umsetzung der Mobilitätsstrategie 2030 – hier: mIV-Konzept – Teilkonzept für den ruhenden Verkehr in der zentralen Innenstadt Bielefelds

Beschluss:

Die Beschlussvorlage der Verwaltung wird wie folgt ergänzt:

1. Die Veränderungen durch die Bezirksvertretung Mitte werden übernommen.
2. Die Bürger:innen-Beteiligung wird jeweils für sich in den einzelnen von den Maßnahmen betroffenen Quartieren durchgeführt. Der Fokus der Beteiligung liegt auf einer möglichst breiten Unterstützung, ohne jedoch die Zielrichtung dieses Konzeptes neu zu definieren.
3. Die Zielrichtung der Reduktion des öffentlichen Parkraumes wird zudem nachdrücklich unterstützt. Der freiwerdende öffentliche Raum darf keinem Selbstzweck folgen, sondern muss den zunehmenden Bedarfen einer Innenstadt gerecht werden. Deshalb müssen in die vorzubereitende Beschlussvorlage folgende Maßnahmen eingearbeitet werden:
 - a. Anpassung an die Folgen des Klimawandels: Umwandlung einer signifikanten Anzahl der Parkplatz-Flächen in hochwertige Grünflächen, bestenfalls mit Bäumen zur zusätzlichen Erhöhung der Aufenthaltsqualität.
 - b. Privilegierung von Anwohner:innen: Eine je nach Quartier angepasste Anzahl an Parkplätzen wird nur noch ausschließlich für Personen mit Bewohnerparkausweis zur Verfügung gestellt. Ebenso sind Parkplätze mit Lademöglichkeiten für Elektroautos bedarfsgerecht einzurichten. Mögliche Ausweichflächen in naheliegenden Parkhäusern sollen zudem einbezogen werden. Es soll ein Vorschlag für die Kosten für Bewohnerparkausweise vorbereitet werden, der sich an Städten ähnlicher Größe orientiert.
 - c. Schonung von unvermeidlichem Autoverkehr, durch sogenanntes „Service-Parken“: Mehrere Park- und Halteflächen in den einzelnen Quartieren und Straßenzügen werden kostenfrei und ausschließlich für Handwerker:innen, Lieferdienste, Pflegedienste (und ähnliche Gruppen) sowie stärker als heute für Menschen mit Beeinträchtigungen reserviert. Geeignete Orte dafür sollen in der Bürger:innen-Beteiligung gefunden werden.
 - d. Ein Teil der Parkplätze wird dezentral kostenfrei zur ausschließlichen Bereitstellung von vorzugsweise elektrisch betriebenen Car-Sharing vorgehalten oder in Abstellanlagen für E-Scooter, Fahrräder und Lastenräder umgewandelt. Zusätzliche Ideen zur Steigerung der Aufenthaltsqualität oder Förderung klimaschonender Mobilität aus der Bürger:innen-Beteiligung sollen aufgenommen werden.



- e. Ein schnell umsetzbares Konzept für den Ausbau von Park-and-Ride-Flächen für die Gesamtstadt muss vorgelegt werden.
4. Die bis zum Sommer 2022 konkretisierte Erhöhung der Parkgebühren soll sich an den Preisen in Städten ähnlicher Größe mit erfolgreichen Schritten im Sinne der Verkehrswende orientieren. Die Mehreinnahmen dienen der Finanzierung der Park-and-Ride-Flächen in der Gesamtstadt.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

gez.

SPD

Sven Frischemeier

Bündnis90/Die Grünen

Dominic Hallau

Die Linke

Bernd Vollmer